

Jülicher Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsablage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Jülicher Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 59/62, und die Post zu beziehen. — Brief vierstelliglich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pfz. — Postabrechnungsliste Nr. 4600a, letzter Nachtrag.

Die Auszeitgebühr beträgt für die vierseitige Seite oder deren Raum 15 Pfz., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfz., auswärtige Anzeigen 20 Pfz. — Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 232.

Mittwoch, den 4. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Vierter Teil.

Parteigenossen!

Der Parteitag von Jena ist vorüber! Verdutzt und enttäuscht stehen unsere Freunde gegenüber jenen glorreichen Verhandlungen und wissend vor Sorgen und Verlegenheit nicht, was sie zu dem Ausgange verfehlten sagen sollen. Ihre Nette bewegen sich in schroffen Widersprüchen, verbündet mit lächerlichen Droßungen.

Eine zerschmetternde Niederlage, wie sie das jahrtausende Bremsen, der eingerostete Staat Friedrichs des Großen 1806 auf den Höhen bei Jena von Napoleon sich holte, so hofften und wünschten unsere Freunde, würden wir in kurzfristiger Verbündung uns selber zufügen.

Über nicht für uns wurde die „volle Woche“ in Jena eine Niederlage, sondern für unsere Gegner. Was sie erhofft, wurde zu Wasser und das alte Wort: Hoffen und Harren macht monieren zum Narren, hat sich bei ihnen im vollen Maße erfüllt.

Um so selbstbewusster und selbstzufriedener kann die deutsche Sozialdemokratie, kann das Klassenebewohnte Proletariat auf die Tage von Jena zurückblicken.

Was dort beraten und beschlossen wurde, erfüllt uns nicht nur mit Genugtuung, jetzt handelt es sich auch darum, das Werkzeuge und Beiglossen in Taten umzusetzen. Es heißt für uns alle: Auf, an die Arbeit!

Wir dürfen nicht ruhen und rasten bis erreicht ist, was in Jena an Pflichten und auferlegt wurde!

In erster Linie handelt es sich darum, dass die Parteigenossen überall sofort in Beratung treten, um, wo es nötig ist, die vorhandenen Organisationen mit den neuen Organisationsbestimmungen, die der Jenaer Parteitag mit großer Mehrheit gutgeheissen hat, in Übereinstimmung zu bringen.

Zur weiteren müssen aber die vorhandenen Organisationen im weitesten Maße ausgebaut und wo solche noch nicht bestehen, raschstens gegründet werden. Innerhalb eines Jahres die Zahl der organisierten Genossen in Deutschland zu verdoppeln, ist das mindeste, was erreicht werden muss und erreicht werden kann. Es muss ein gähnender Weltfeuer unter uns entstehen, um das höchste zu leisten.

Künftig darf es nicht mehr vorkommen, wie es bisher nicht selten vorkommen ist, dass wenn der Zufall einen Wahlkreis in Nachwahl brachte, erst wieder von neuem organisiert werden müsste, weil man nach der Hauptwahl die Erhaltung oder den Weiterausbau der Organisation unterschafft.

Ein Wahlkreis, welcher häufig in ähnlicher Weise handelt, beginnt ein Verbrechen an den Interessen der Partei.

Auch aber die geschaffenen Organisationen zu erhalten und zu erweitern, dazu muss der rechte Geist unter den Mitgliedern derselben vorhanden sein. Der Geist der Einigkeit und der Opferwilligkeit, der Elter zu lernen, um sich über die großen Aufgaben und Ziele der Partei zu unterrichten und durch die gewonnene Einklang immer neue Wahnsänger für die Partei zu erobern.

Wissen ist Macht! Unsere Macht darf nicht bloß auf der immensen Zahl der Köpfe beruhen, die wir für unsere Ideen und unsere Ziele gewinnen können, sondern sie muss vor allem auch auf dem Wissen und der Ekenntnis dieser Köpfe beruhen. Wir brauchen klare und zielbewusste Männer und Frauen, deren Kampfeslust und Begeisterung mit ihrem Wissen und ihrer Ekenntnis mässt.

Es ist aber die Verbreitung von Wissen und Ekenntnis über das Wesen von Staat und Gesellschaft im Sinne der auf dem Jenaer Parteitag angenommenen Resolutionen, neben der mündlichen Aussklärungssarbeit, vorzugsweise Aufgabe der Parteipresse und Parteiliteratur, so kann diese Art der Tätigkeit nur ihren vollen Wert erhalten, wenn die Parteipresse und Parteiliteratur auch gelesen und studiert wird.

Die Verbreitung der Parteipresse und Parteiliteratur unangefecht zu betrachten, ist ebenfalls eine der vornehmsten Aufgaben eines Parteigenossen! Keine Gelegenheit dazu darf versäumt werden.

Bekanntlich fühlt es häufig den Parteigenossen in den mittleren und kleinen Orten an hervorragenderen geistigen Präisen, die zum Beispiel durch Vorträge den Stoff zu anregenden und belehrenden Diskussionen liefern. Hier müssen durch den Vortrag von Auflösungen aus unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Neue Welt“ und der sonstigen Parteipresse und durch das Vorlesen geeigneter Broschüren oder Abdrücke aus Büchern die fehlenden Kräfte erweitert werden. Diese Vorlesungen bieten dann die Veranschaulichung zu Diskussionen, in denen die zu öffentlichem Reden veranlagten Parteigenossen am besten sich ausbilden können. Ein sehr wichtiges Mittel zur Ausbildung von Rednern ist, wenn die Parteigenossen eines Ortes einen aus ihrer Mitte beanspruchen, in einer künstlichen Zusammenkunft in einem Referat über die stattgehabten Ereignisse von öffentlichem Interesse zu berichten.

In Orten, in denen die Zahl der Parteigenossen eine kleine ist, oder in denen gleichzeitig Räume zu Zusammenkünften nicht zur Verfügung stehen, muss die Organisierung von Lese- und Debatteclubs, die in Privathäusern zusammentreten, eine siehende Einrichtung werden. Die bevorstehenden Herbst- und Winterabende müssen die Zwecken gründlich ausgenutzt werden.

Wir sind nun bereit, denjenigen Parteigenossen an Orten, die aus eigenen Mitteln sich das nötige Material nicht zu beschaffen vermögen, mit Rat und Tat zu unterstützen.

Parteigenossen! In Jena herrschte darüber nur eine Silenz, dass die theoretische Ausbildung der Parteigenossen und dementsprechend die Verbreitung unserer wissenschaftlichen Literatur in städtischen Altkirchhöfen steht zu der Ausdehnung der Parteiausländerschaft.

Wir sind sehr in die Worte, aber ungeübt in die Tiere gewachsen. Wir wollen künftig allerdings noch mehr als bisher in die Worte, aber noch mehr in der Welt mehr auch in die Tiere kommen. Gestern steht die Partei als ein mächtiger Baum, der den stärksten Sturm trotzt, unantastbar fest. Deshalb muss sie wie alle, in welchen Stellungen wir immer sind, die gegebenen Worte beachten und ihnen gemäß handeln.

Und noch ein anderes hat der Parteitag zu Jena für notwendig erklärt.

Die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Aufgabe haben, die Lage der Arbeitersklasse auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung nach jeder Richtung zu bedenken und zu verbessern und anderthalb ungebührige Zumutungen der Unternehmer an die Arbeiter zuwidersetzen, sind eine unabdingte Notwendigkeit in der bestehenden sozialen Ordnung.

Diese Organisationen erfüllen in umso vollkommenerer Weise ihrem Zweck, je größer die Zahl der Arbeiter ist, die in einem bestimmten Branche ihrer Gewerkschaftsorganisation angehören. Sind sämtliche in einem bestimmten Berufe vorhandenen Arbeiter in ihrer Gewerkschaft organisiert, so hat dies selbst das Ideal einer Gewerkschaftsorganisation erreicht.

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wie es in der vom Jenaer Parteitag über den politischen Massenstreik angenommenen Resolution heißt, für dessen Durchsetzung eine Gewerkschaftsorganisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Sätze und Gründe der Gewerkschaften zu unterstützen.

Das schreibt es selbstverständlich auch Aufgabe der Parteipresse, die dort, wo sie kritisch gegen Vorgänge in einer Gewerkschaft auftritt, nie vergessen möge, welche Aufgabe sie als Arbeitspresse den Gewerkschaften gegenüber zu erfüllen hat.

Parteigenossen! Die Freien sind ernst und sie werden ernst. Die beiden Lager, in welche die moderne Welt geschieden ist, Kapitalisten und Unternehmerklasse auf der einen und das mit der Ausweitung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich immer rascher vermehrende und stärker werdende Proletariat auf der anderen Seite, stehen sich immer strophischer gegenüber.

Die Kapitalisten- und Unternehmerklasse will als herrschende und regierende Klasse nicht nur ein Titel ihrer auf Kosten des Proletariats angemachten Rechte preisgeben, sie wird in ihren Ansprüchen und Geschäftsgeschäften immer seichter und unverschämter. Und sie die geringen Rechte und Freiheiten, die das Proletariat besitzt, dieiem noch raubt oder zu rauben sucht. Sachsen, Hamburg, Lübeck sind Stützen in ihrem politischen Raubzuge, wie die Holl. und gesamte Agrarpolitik den österreichischen Raubzug an der Arbeiterklasse charakterisieren.

Parteigenossen! Es gibt nur ein Mittel, um künftig gegen ähnliche Raubzüge und Gewalttaten gerüstet zu sein, die möglichst vollständige Ausnahme aller Proletarier und der mit diesen sympathisierenden in die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei. Gelingt es uns, in gewaltigem Maße unsere Organisationen zu füllen, die noch gleichgültigen und darum ihrem eigenen Schicksal feindlich gegenüberstehenden Proletarier für unsere Ideen zu gewinnen, dann werden es unsere geschworenen Freunde sicherlich nicht mehr wagen, das Proletariat wie bisher zu misshandeln und zu entrichten, dann sind wir es, die ihre gerechten Forderungen stellen und auf deren Erfüllung bestehen können.

Parteigenossen! Auf an die Arbeit! Ihr habt die höchsten Interessen zu vertreten, die höchsten Ziele zu verwirklichen. Ihr kämpft für die höchsten Güter, für die Menschenkämpfe können.

Für die Herstellung eines freien, auf voller Gleichberechtigung aller veruhenden Gemeinwesens. Ihr kämpft für gleiche Rechte und gleiche Pflicht. Ihr kämpft dafür, dass endlich auf dieser schönen Erde, die für Unzählige ein Sammelraum ist, aber für alle ein Himmelreich sein könnte, die Armut und das Glück verschwinden und der Mensch endlich ein freier Mensch und sein eigener Herr werde.

Parteigenossen! Schließt die Reihen! Im Namen aller Unterdrückten und Unterdrückten: Vorwärts!

Hoch die Sozialdemokratie!

Parteigenossen!

Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Die Adresse des Parteivorstandes ist wie bisher:

J. Auer, Berlin SW. 67, Lindenstr. 69.

An diese Adresse sind sämtliche für den Parteivorstand bestimmte Zuschriften zu richten.

Geldsendungen sind dagegen nur an den Parteitagsreferenten

A. Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

zu adressieren.

Der Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerdestelle ist die aus neun Personen bestehende in § 24 unseres Organisationsstatuts vorgesehene Kontrollkommission gewählt. Dieselbe hat sich ebenfalls im Anschluss an den Parteitag in Jena konstituiert und sind alle Zuschriften, Beschwerden usw. an dieselbe zu richten.

Heinrich Meißner, Hannover, Langstr. 1,

zu richten.

Parteigenossen! Es gilt jetzt die in Jena beschlossene Organisation durchzuführen. Nach § 4 des Statuts müssen jetzt in allen Reichstagwahlkreisen, wo dieses nicht durch die Landesgesetz verboten ist, und solche noch nicht bestehen, Sozialdemokratische Kreisverbände gebildet werden. Nach erfolgter Vorstandswahl sind dem Parteivorstand die Adressen des Vorsitzenden und des Referenten mitzuteilen.

Wo aus gesetzlichen Gründen keine Vereinsorganisationen geschaffen werden können, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen und deren Adresse sofort nach erfolgter Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen. Die mit der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Wie richten das bringende Schreiben an die Parteigenossen, das Ergebnis der Wahlen der Vorstände und der Vertrauenspersonen an J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu berichten. Der Umstand, dass der bisherige Vorstand eines Kreisvereins, wo solche schon bestehen, oder die Vertrauensperson wieder gewählt ist, dass kein Grund sein, die Neuwahl nicht zu melde. Auch die Bekanntgabe der Wahl in der Kreispress oder dem Centralorgan der Partei erhebt nicht von der Verpflichtung dem Parteivorstand so bald wie möglich die Adressen der Vorstände der Bezirk, Landes- oder Kreisorganisationen sowie die Adressen der Vertrauenspersonen zu melde. Es zuverlässiger unser Adressenverzeichnis ist, um so schneller lassen sich alle Parteianhänger regeln und besto wissamer werden sich alle unser agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen erweitern.

Parteigenossen! Die in Jena beschlossene Organisation der Partei Deutschlands wird in vielen Kreisen eine Neugründung der Kreise nötig machen. Wir fordern die Parteigenossen auf, so bald als irgend möglich mit der Neugründung zu beginnen, damit die Periode des Überganges möglichst bald überwunden wird.

Wir lassen das in Jena beschlossene Organisationsstatut in großer Auflage drucken und werden es den Parteivarianten und Vertrauenspersonen in der Zahl zustellen, wie sie in den einzelnen Orten bestehen. Wir ersuchen deren Vorstände und Vertrauenspersonen, uns möglichst bald mitzuteilen, wie viel Exemplare sie für ihren Bezirk gebrauchen.

Berlin, den 29. September 1905.

J. Auer. Webel. Eberhardt. Ebert. Gerisch. Molkenbuhr. Singer. Wengels.

Wahlkreisergebnisse.

Deutschland.

Der Widerstand der indirekten Wahl hat sich auch bei den Landtagswahlen in Sachsen wieder gezeigt. Der „Woss.“ ist dafür einige spezielle Beispiele mitgeteilt. Im Wahlkreis Dresden-Langenfeld-Messelau wurden insgesamt für die Wahlmänner der Sozialdemokratischen Partei 1176, für die nationalliberalen 1272, für die konserватiven 515 und für die sozialdemokratischen Wahlmänner 1629 Stimmen abgegeben. Wahlmänner sind gewählt 39 nationalliberale, 10 konservativer, 14 sozialdemokratische und nicht ein einziger freisinniger. Die Nationalliberalen haben also mit 1272 Stimmen die absolute Mehrheit unter den Wahlmännern erlangt und die sozialdemokratische Partei hat mit 1176, also nur 96 Stimmen weniger, keinen Wahlmann durchgebracht! Nicht minder interessant ist das Wahlergebnis in Dresden V (Auerstadt), wo der konseritative Fabrikbesitzer Auerstadt mit 986 von 4041 abgegebenen Stimmen über eine absolute Mehrheit unter den Wahlmännern verfügt. Ein prächtiges Wahlgesetz, dieses sächsische Dresdener Wahlgesetz! — Bei den gestern stattgefundenen Wahlen der Abgeordneten wurde Goldstein gewählt. Weiterhin entsandten die Wahlmänner 19 konserervative, 8 nationalliberale, 1 Reformpartei und 1 Freisinnigen in den Landtag. Derselbe setzt sich nun zusammen aus 53 konservativen, 24 nationalliberalen, 2 Mitgliedern der Reformpartei, 2 Freisinnigen und einem Sozialdemokraten.

Worin liegt keine Wahrheit. Die „Woss.“ erfährt aus Berlin, dass die Reichsmehrheit nicht unter die Steuervorlagen, die als Grundlagen des Reichs-

Finanzreform den Bundesrat in seinen ersten Sitzungen im Monat Oktober beschließen werden, aufgenommen worden ist, und bemerkt dazu: „Man begründet das damit, daß die eisigsten Befürworter der Reichswehrsteuer mit dem Verlangen nach ihrer Einführung derartige Wünsche für die Verwendung ihres Steuererträgsses zu bestimmten Zwecken verbinden, daß schon mit öffentlich heraus die Reichswehrsteuer im Verbande mit Steuern, die den allgemeinen Fried haben sollen, unser schwindsüchtigen Reichsfinanzen neue Kraft zugesprechen und die Grundlage für die Gründung unserer so sehr im gegen liegenden Reichsfinanzwirtschaft zu bilden, nicht am Platze zu sein scheine. Die Reichsregierung sieht auch die nochmalige Einbringung einer Reichswehrsteuer, falls hierzu aus parlamentarischen Kreisen nicht eine erhebliche Unterstützung stehende Anregung gegeben wird, aus dem Grunde für bedenklich zu halten, weil die erste Vorlage einer Wehrsteuer im Reichscode eine einstimmige Ablehnung erfuhr.“ — Man will also die Steuerreform nicht durch eine Wehrsteuer geführen. Wahrscheinlich will man diese Steuer einmal nur sich allein erbringen.

Das Resultat der Stichwahl in Essen erpricht der „Dtsch. Tagessch.“ folgende Klage: „Dass das Ergebnis trotz des schlichtlichen Sieges des Gegners der Sozialdemokratie irgendwie bestreiten könnte, wird niemand behaupten wollen. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß die fast 10 000 Stimmen, die der Sozialdemokratie neu gewonnen hat, von den sogenannten sozialdemokratischen Kreisen aufgebracht worden sein können. Man wird vielmehr zu der Annahme neigt, daß eine nicht unerhebliche Zahl nationalliberaler Wähler bei der Stichwahl den Sozialdemokraten für das kleinere Ubel hielten und dementsprechend ihre Stimmen abgaben. Das ist nun bedauerlich, und das Bedauern auch gerade angesichts des Essener Parteidages um so tiefer und lebhafter sein. Es würde auch durchaus nicht verwundern, sondern eher bestätigt werden, wenn die unglückliche konfessionelle Verhebung Tausende von Wählern veranlaßt haben sollte, für einen Todestag der Monarchie, des Christentums und der Gesellschaftsordnung zu stimmen. . . Möglicherweise unter den Tausenden viele lehr, die es sich mit den Zielen der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollen; die Tatsache, daß sie trotzdem sozialdemokratisch wählten, ist ein tiefschamendes Zeugnis politischer Unreife und Verständnislosigkeit.“ Diesem ordnungspolitischen Sermon reihen Neukirchen der „Dtsch. Presse“ würdig“ sich an. Die „Köln. Volkszeit.“ schreibt: „Es ist selbstverständlich, daß ein Teil der liberalen Presse den Mut zu der Behauptung findet, die ‚nationalen‘ Parteien hätten in Essen das Rentner gezaubert. Aber das wirkliche Fazit lautet dahin, daß trotz der von ‚nationaler‘ Seite der Sozialdemokratie in ausgebüffter Weise geleisteten Wahlkämpfen das Zentrum gesiegt hat.“

In der Zentrumssversammlung, die den Wahltag feierte, sagte Reichsratmitr. Dr. Bell, das Zentrum wolle sich für die Haltung der Liberalen in Essen dadurch rächen, daß es sein äußerstes daran setze, um auch die Zahl noch in den Händen der Sozialdemokratie befindlichen Wahlkreise des rheinisch-westfälischen Industriebezirks für eine auf vaterländischem Boden stehende Partei zu sichern. Wo immer die Person des Kandidaten keine unüberwindlichen Hindernisse schafft, wird die Zentrumspartei im rheinisch-westfälischen Industriebezirk nach der dort jetzt herrschenden Stimmung nicht allein die Parole gegen die Sozialdemokratie ausgeben, sondern auch positiv für den Nichtsozialdemokraten einstreiten, es den anderen Parteien überlassen, was für tun werden, wenn der Zentrumskandidat mit einem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt.“ Das „Nachgelehrte“ des Herrn Bell ist erstaunlich. Nach allen Begriffen und objektivem Ergriffen wird das Zentrum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet immer weniger in stande sein, daß stetige Vorwärtsdrängen der Sozialdemokratie abzuwehren. Ist doch gerade die Wahl in Essen dafür ein sehr gewichtiger Beweis.

Lebhafte erklärt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ rück heraus, daß die „Nationalen“ noch einmal den schwer bedrohten Zentrumsturm gereitet haben“, und bemerkt dazu weiter: „Das Ergebnis des 28. September ist ein Meilenstein für die ultramontane Partei in Essen und in allen großstädtischen und industriellen Wahlkreisen. Noch eine solche Wahl, und es ist verloren. Wie wie bisher vom Zentrum jede nationale Politik bespöttelt und gehemmt, überall Hass und Zwieträcht zwischen den Angehörigen verschiedener Parteien gesetzt, dann wird sich bei der nächsten Hauptwahl das Essener Schauspiel an einem Orte wiederholen. In Köln, Düsseldorf und anderen Großstädten wird das Zentrum nur von den Nationalen zu retten sein. In ganz nieder- rheinisch-westfälischen und im südlichen Industriebezirk ist mit einem weiteren Anwachsen der Um für z. Partei zu rechnen. Ein Zusammenstoß der bürgerlichen Parteien ist wahnsinnig, aber erreicht nur, wenn sich die Ultramontanen den Nationalen nähern. Unsere Regierung hat sich dem Ultramontanismus unterworfen, um sich vor dem Umsturz zu retten. Das liberale und nationale Bürgertum wird diese selbstmordende Politik nicht mit machen. Entweder ändert sich das Zentrum, oder es ist in allen Großstädten und Industriebezirken verloren. . . Ein Menetekel bedeutet die Stichwahl des 28. September auch für die Regierung des Fürsten Bülow.“

In der nationalliberalen Presse herrscht sonst großer Kapitalzitter über das Essener Wahlergebnis, nicht nur wegen der kläglichen Niederlage der eigenen Partei, sondern auch wegen des Unstandes, daß entgegen der nationalliberalen Wahlparole, „nationalliberale“ Wähler für den Sozialdemokraten gestimmt haben, der ihnen von den Bürgern als der lebhafte Gottselbstwunsche geschildert worden. Es mag den nationalliberalen Prekmenschen wohl dabei erschrecken, daß auf solche „nationalliberale“ Wähler auch in Zukunft kein Verlust sein wird, sondern sie doch auch die Erfahrungsfeststelle, daß Wähler, die sich erst einmal freigemacht haben von den ihnen seitens der „Staatsberuhler“ eingetrichterten schreckhaften Vorstellungen von der Sozialdemokratie und den Mat gesetzt haben, für sie zu stimmen, sich nicht nochmals ins ordnungspolitische Bockhorn jagen lassen. Die „Nationalztg.“ liegt bewegt,

dass nationalliberale Wähler für den Sozialdemokraten gesamt haben, „trotz Essa, trotz der ersten Mahnung, die von den maßgebenden Organen der bürgerlichen Presse an die nationalgesetzte Wählerschaft des Kreises Essen ergangen war, und trotz der unzweckmäßigen Parole, die von der nationalen Vereinigung in Essen selbst ausgegeben worden war, auf keinen Fall der Sozialdemokratie Vorstaatsdienste zu lassen.“ Das Überale Blatt predigt dann dem Zentrum die Notwendigkeit, sich zu bessern und nach der „nationalen“ Seite zu entwickeln, um zu dem Schluß zu kommen: „Greift diese Erkenntnis aber beim Zentrum nicht Platz, dann ist von 1908 ab der Essener Wahlkreis an die Sozialdemokratie verloren, wie führt der Wähler selbst haben auch ihren Willen, und wer wäre in der Folge nicht mehr zu lenken, wenn nicht das Zentrum selbst die entscheidende Hilfe habe.“

Eine verunglückte Staatsaktion. Der Nebenmarsch der sozialdemokratischen „Gewässer“ in Tagwacht“, Wahltagsgedenkfeier Welt, wurde gestern vom Schwurgericht zu Stuttgart von der Anklage der Verteilung eines Flugschriften von Sachsen, die in einem Artikel mit der Überschrift „Die Rücksicht auf dem Schuh“ erblitten war, unter Übertreibung der Kosten auf die Staatskasse gesprochen.

Zweite Steuerung der Fleischkut beschloß der Magistrat von Dortmund, große Mengen Fleisch zu begleichen und zum Selbststosspreise abzugeben.

Das Scheitern der hessischen Steuerreform. Dem „Frankfurter Generalanzeiger“ wird aus Darmstadt gemeldet: Der Finanzausschuß der ersten hessischen Kammer hat mit großer Mehrheit beschlossen, die Gesetzesvorlage über die Kommunalsteuerreform abzulehnen und an die Regierung zurückzugeben.

Schweden.

Die Wahlen zur Zweiten Kammer sind jetzt abgeschlossen; sie zeigen, daß eine Verschiebung nach links stattgefunden hat. Von 230 Wählern sind 61 Rechtswähler. Gebünder Neuwählten sind Sozialdemokraten, welche früher vier, jetzt vierzehn haben, mindestens 34 gehören der liberalen Partei an. Die Parteistellung zum Reichstag kann noch nicht bestimmt angegeben werden, da viele der Gewählten ihren Standpunkt noch nicht genau präzisiert haben. Seitens der Rechten rechnet man darauf, daß 107 Mitglieder der Rechten und Moderate, 109 Liberale und 14 Sozialdemokraten gewählt sind, während nach Meinung der Linken 116 Mitglieder der Linken, 100 der Rechten und 14 Sozialdemokraten gewählt wurden. Hinreichlich der Stellung der Gewählten zur proportionalen Wahlmethode meint die Rechte, daß 131 Gegner derselben gewählt sind, während die Linke die Zahl auf 150 veranschlägt. — Der Reichstag ist gestern vom Ministerpräsidenten L undsberg mit folgender Thronrede eröffnet worden: Überzeugt von der Wichtigkeit besserer, daß die Lage auf der skandinavischen Halbinsel, die durch den Beschluß des Storthing vom 7. Juni geschaffen ist, baldigst durch geordnete Verhältnisse abgelöst werde, habe ich Sie zu einem Reichstag einberufen, um diese Angelegenheit einer Beratung zu unterziehen. Ueberzeugt sind mit dem vom letzten Reichstage gesetzten und vom König sanktionierten Beschluss, zwischen den Delegierten Schwedens und Norwegens Verhandlungen geführt und ein Uebereinkommen vorgeschlagen, das, nachdem es der Staatsrat einer Billigung unterzogen hat, Ihnen jetzt zur Erledigung vorliegt. Es ist mein aufrichtiger Wunsch und meine sehnlichste Hoffnung, daß, wenn der Reichstag und das Storthing das Vorgebrachte annehmen, dies eine Verminderung der Gefahren und Schwierigkeiten mit sich führen wird, welche als Folge der Auflösung der Union entstehen könnten.

Auskund.

Gerichtet. Der Großindustrielle Fal. Kunzler, Eigentümer einer der größten Fabriken in Düsseldorf, wurde in einem elektrischen Straßenbahnwagen von einem Arbeiter erschossen. Der Täter wurde verhaftet.

Wiera Nikolajewna Figner. In allen Kreisen Russlands, die für die freiheitliche Bewegung irgend welche Sympathie hegen, ist der Name Wiera Figner bekannt und geachtet. Im Jahre 1884 war sie für verschiedene politische Verbrechen“ in der berüchtigten Justizbautfestung Schlüsselburg interniert worden, und erst nach 20 Jahren qualvollen Schwachs in der Gefangenschaft hat man sie im vorigen Jahr als eine alte und gebrochene Frau aus der Festung entlassen, nach dem Gouvernement Archangelsk transportiert und nachher im Juni dieses Jahres nach dem Gute ihrer Tante im Gouvernement Kasan gebracht. Obwohl die Figner sehr schwach und krank, hielt man doch, wie ein Brief, den die nächste Nummer der „Oswobodchene“ veröffentlicht wird, mitteilte, daß sie von zwei Gendarmen und zwei Polizeipräfekten für nötig, um sie nach Kasan zu transportieren. Die Galorte hatte die Fänger erhalten, Tag und Nacht kein Auge von der Figner zu lassen und auf jedes ihrer Worte zu achten. Niemand sollte mit ihr französisch sprechen, und wenn Ausländer zu ihr kämen, so sollte man einen zuverlässigen Dolmetscher herbeikriegen. In den ersten Tagen gingen die Prisewas auf Schritt und Tritt der Figner nach, und forderten, daß sie sich im Beisein der Wächter an und auskleide und auch schlafen gehöre. Zunächst wollte einer der Prisewas sogar sie selber Zimmer mit ihr übernachten. Die Tante der Figner protestierte aber hiergegen energisch, was den Prisewas veranlaßte, soweit ein Zugeständnis zu machen, daß er nur an der Tür Wache hielte. Der Dorfälteste hat Befehl erhalten, das Volk und die Jugend aus ihrer Nähe zu verbannen. Als Verwandte und Bekannte zu ihr kamen, lehnten sich die Prisewas in das Empfangszimmer und versetzten die Unterhaltung. Wöchentlich erstatteten sie Bericht darüber, wer das Gut besucht hat und wohin jemand, der es verlassen hat, gefahren ist. Der Hofstand wurde immer unerträglicher, und der Bruder der Figner, ein beim Baren sehr beliebter Opernsänger, richtete ein Telegramm von 50 Wörtern an den Diktator Trepoff, durch welches er ihn um Behebung oder Beschämung des unerträglichen Zustandes bat. Das Telegramm tat seine Wirkung, und man erließ von Petersburg eine Anerkennung, nach welcher die Prisewas und die Gendarmen entfernt und dafür — zwei berittene Wachleute auf das Gut postiert wurden. Das ist alles höchst dummkopfisch, sagt der Befehlshaber, aber immerhin erträglicher als der vorherige Hofstand. — Solch' eine Furcht

hört die Figner noch heute als alte und gebrochene Frau dem herrschenden Regime ein.

Österreich-Ungarn.

Ein Sieg Fejervary? Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Budapest gemeldet: „Vor Politikern äußerte sich Fejervary dahin, daß seine Wiedereinsetzung zum Ministerpräsidenten Mitte nächster Woche erfolgen dürfe. Er habe vom König wichtige Dokumente erhalten, die sich auch auf die Aufsicht des Reichstags erstrecken und ihm gegen feindliche Elemente in Ungarn Sicherheit schenken; auch sei ein solches Programm noch möglich, was er noch nicht weiß.“ — Fejervary ist ebenfalls überzeugt, daß die Wahlen im November nicht eingesetzt werden werden, und er erwartet, daß die Regierung mit dem heutigen Empfang Cyclyz noch ein friedliches Zeitspannen unternehmen werde; da aber die Krone von ihrem am 23. September einberufenen Stadtparlament nur in der Form und nicht im Wesen abgrenzen kann, so töre die Regierung jedenfalls vorsichtig mit einer königlichen Handkreisreden veröffentlicht werden. Das Publikum bleibe übrigens unverändert. Es sei wohl möglich, daß im Zusammenhang mit dem heutigen Empfang Cyclyz noch ein friedliches Zeitspannen unternehmen werde; da aber die Krone von ihrem am 23. September einberufenen Stadtparlament nur in der Form und nicht im Wesen abgrenzen kann, so töre die Regierung jedenfalls vorsichtig mit einer königlichen Handkreisreden veröffentlicht werden. Das Publikum bleibe übrigens unverändert. Es sei wohl möglich, daß im Zusammenhang mit dem heutigen Empfang Cyclyz noch ein friedliches Zeitspannen unternehmen werde; da aber die Krone von ihrem am 23. September einberufenen Stadtparlament nur in der Form und nicht im Wesen abgrenzen kann, so töre die Regierung jedenfalls vorsichtig mit einer königlichen Handkreisreden veröffentlicht werden. Das Publikum bleibe übrigens unverändert.

Strassenkawalle. Eine Menge aus Prag besetzte den Verboten der Tschechisch-Nationalen und Sozialistischen Reichsbürgerlichen Volksverbindung versammelten sich Sonntag vormittag in der Wohlstrasse etwa 1500 Personen, die sich in Schlägereien ergaben. Polizeibeamte und Wachtrute waren vorhändig und mit Eisen geschlagen. Die Angestammten, die hierauf aufeinandergetreten wurden, zogen nach dem Wenzelsplatz, wo sie in häuschen häuschen die Fenster schließen eingeschlossen. Nachdem 14 Verhaftungen vorgenommen waren, wurde die Straße gesäubert. — Auch in Vilnius ist es zu Zusammenstößen gekommen: So wohl gestern, aus Anlass des von den Deutschen veranstalteten Fackelzuges, als auch heute kam es zwischen Deutschen und Tschechen zu wiederholten Zusammenstößen, wobei beiderseits Personen verletzt wurden. — Ob die Zusammenstöße sich wirklich so abgespielt haben, wie gemeldet wird, muß erst abgewartet werden. Wir werden eventuell auf die Angelegenheit zurückkommen.

Verbote Demonstrationen. Oberstabschreiber Rudnay untersagte die Abhaltung, selber sie den 3. dieses Monats angemeldeten Fackelzüge, sowohl den Bürgerlichen wie den der Sozialdemokraten. — Durch solche Verbote wird die Erblitterung nur gestoppt. Man wird gerade das Gegenteil erreichen von dem, was man erreichen will.

Dienstag, den 3. Oktober.

Der Zug von handwerklichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Der Sozialdemokratische Verein zu Lübeck hielt gestern abend im „Vereinshaus“ eine quibuschne General-Versammlung ab. Nachdem die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Hucker in üblicher Weise geehrt hatte, gab Genosse Pape den Vorstandsbereich. Derselbe betonte zunächst, daß die im Vorjahr geäußerte Hoffnung, die Mitgliederzahl würde im Geschäftsjahr 1904/05 2000 erreichen, leider nicht in Erfüllung gegangen sei. Während die Mitgliederzahl am 1. Oktober 1904 1914 betrug, sei dieselbe im vergangenen Geschäftsjahr auf 1858 gesunken. Die Jahresentnahme betrug 11 079,75 Mk., die Ausgabe 7220,24 Mk. Es fanden zwölf ordentliche und eine außerordentliche Vereinsversammlungen statt. 10 Referate wurden in denselben gehalten. Sitzungen des Vorstandes fanden 14, solche des Vorstandes und des Ausschusses 15 statt. Weiterhin wurde in dem Bericht der Stadler- und Flugblattverbreitungen, sowie der Protestversammlungen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts an Lübecker Bürgerlichkeit und gegen den Fleischwucher Erwähnung getan. Der Bericht schloß mit der Mahnung, daß die täglichen Genossen mehr als bisher auf dem Posten sein möchten. Den Kassenbericht für das 3. Quartal 1905 gab Gen. L. Ehlers. An Einnahmen waren vorhanden: 1630,10 Mk., an Ausgaben 1421,23 Mk., wobei eine Mehreinnahme von 208,87 Mk. zu verzeichnen. Der gesamte Kassenbestand betrug am 1. Oktober 1905 3759,01 Mark. Gen. Ehlers verlas sodann die Namen der ausgetretenen Mitglieder. Den Kassenbericht für das 3. Quartal 1905 gab Gen. L. Ehlers. An Einnahmen waren vorhanden: 1630,10 Mk., an Ausgaben 1421,23 Mk., wobei eine Mehreinnahme von 208,87 Mk. zu verzeichnen. Der gesamte Kassenbestand betrug am 1. Oktober 1905 3759,01 Mark. Gen. Ehlers verlas sodann die Namen der ausgetretenen Mitglieder. Den Bericht der Bibliothekare erstattete Gen. Löwig. Es wurden an 20 Bibliotheksabenden 787 Bände ausgegeben. Im Monat Januar war die Frequenz mit 128 am höchsten, während die niedrigste im Juli mit 30 war. In Strafgeldern wurden 21,80 Mk. eingenommen. Gedruckte Kataloge wurden 129 verkauft. Bemängelt wird, daß 26 Genossen bei der Revision trotz wiederholter Aufforderung ihre Bücher noch nicht abgeleistet hatten. Neuanschaffungen sind, abgesehen von den laufenden Zeitschriften, nicht gemacht, doch hat Genosse Theodor Schwarz der Bibliothek eine stattliche Anzahl von Büchern geschenkt. Gen. Pape erklärte namens des Vorstandes, daß die Bibliothek von denselben revidiert worden sei. Nach kurzer Debatte stand ein Antrag des Gen. K. von Almagine, nach welchem die Namen der ausgetretenen Genossen, welche die entliehenen Bücher trotz verschiedenlicher Aufforderung nicht abgeleistet haben, verlesen werden sollten. Das geschah seitens des Gen. Löwigs. Die Abrechnung von der Lassallefeier gab Gen. W. Ehlers. Eine Einnahme von 200 Mk. stand eine Überschussbetrag von 179,65 Mk. gegenüber; der Überschuss betrug innerhalb 20,45 Mark. Es wurde dabei gerichtet, daß manche Distriktsführer beim Karterverkauf nicht ihre Schuldigkeit getan hätten. Die sodann vorliegenden Ergebnisse folgendes Resultat: Vorsteher: Pape, Kassierer: W. Ehlers, Schriftführer: W. Stolle, Beisitzer: G. Ehlers und J. Büger, Revisoren: Ulrich, Neupert und Bimmermann, Bibliothekare: Bruns und W. Ehlers. Weiterhin wurden die Distriktsführer bestimmt. Nachdem Genosse Bloog kurz die Tagesordnung des Schleswig-Holsteinischen Parteidages erläutert hatte, wurde derselbe als Delegierter zu diesem Parteidag gewählt. Genosse Stelling behandelte sodann das an anderer Stelle abgedruckte Programm des Sozialdemokratischen Vereins zu den bevorstehenden Bürgerwahlen und betonte, daß eine Beteiligung der Sozialdemokratie in beiden Abteilungen seiner Meinung nach notwendig sei. Die Versammlung stimmte diesem zu. Auf Vorschlag des Bürgerschaftswahlkomitees wurden folgende Genossen als Kandidaten nominiert: Bruns, Eisinger, G. Ehlers, P. Pape, Neppenhagen, Th.

Schwarz, Wissell und Wittfoot. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte, die für die Öffentlichkeit kein Interesse haben, erfolgte Schluß der Versammlung.

Das Programm für die Bürgerschaftswahlen ist in folgender Fassung vom Sozialdemokratischen Verein angenommen worden:

I. Für die Wahlen zur Bürgerschaft ist das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten städtischen Staatsangehörigen zu fordern. Bei der Vollendung des 20. Lebensjahres wird allen Staatsangehörigen das städtische Bürgerrecht verliehen. Das Wahlrecht darf durch Einsang irgendwelcher Unterstötzung aus öffentlichen Mitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Die Wahlen finden an einem gesetzlichen Auftage statt. Den Mitgliedern der Bürgerschaft sind für ihre Wahlwaltung Diäten zu zahlen.

II. Die Wahl der Senatorn hat durch sämtliche Bürger Stärke zu erfolgen.

III. Stufenweise steigende Einkommensteuer zur Besteuerung des Staatshaushaltes unter stärkerer Heranziehung der höheren Einkommen. Einkommen unter 1000 Mark sind steuerfrei.

IV. Konfessionslose Schulen. Einheitlichkeit der Schule mit obligatorischem Besuch. Unentbehrlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden. Verpflegung bedürftiger Kinder in städtischen Schulen. Errichtung von Schulbädern in sämtlichen Schulen. Schulärzte zu regelmäßigen Beaufsichtigung der Schüler, Schulen und Schulereignisse. Verteilungen für künftige und schwächliche Kinder. Obligatorischer Besuch der Fortbildungsschulen. Unentbehrliche Erteilung der Fortbildungsschulrechts an Wochentagen während der Arbeitszeit.

V. Täglichste Ausführung aller Gemeinde- und Staatsarbeiten einschließlich der Bauten, in eigener Regie; zum mindesten aber hat die Vergabe von Staatsarbeiten und Lieferungen für den Staat unter der vertragsmäßigen Verpflichtung der Unternehmer zu erfolgen, daß sie für die Gesamtheit der von ihnen beschäftigten Arbeiter die zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter und den Unternehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten.

VI. Lohnes- und Hinterbliebenen-Versorgung für die in städtischen oder staatlichen Betrieben dauernd beschäftigten, nicht pensionsberechtigten Beamten und Arbeiter. Achtstündige Arbeitszeit. Unentbehrlich eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 36 Stunden. Wöchentliche Lohnzahlung. Errichtung von Arbeiter-Ausflüssen. Den städtischen bzw. staatlichen Arbeitern und Beamten ist ein jährlicher Urlaub von mindestens acht Tagen ohne Entzug des Gehaltes zu gewähren.

VII. Errichtung einer Arbeitskammer. Derselben liegt es ob, Wünsche und Anträge, welche die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung berühren, zu beraten und den städtischen bzw. staatlichen Behörden vorzulegen, sowie Jahresberichte über ihre, die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung betreffenden Wahrnehmungen zu erstatten. Die Arbeitskammer soll in allen wichtigen, die Gesamtinteressen der arbeitenden Bevölkerung oder die Interessen einzelner Zweige derselben berührenden Angelegenheiten gehörig werden.

VIII. Ausbau des Fabrikinspectores.

IX. Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises für alle Arbeiter, einschließlich der Dienstboten, und einer städtischen Arbeiterstatistik unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen.

X. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Befreiung der Gesindeordnung.

XI. Errichtung von Apotheken in eigener Regie des Staates. Unentbehrliche ärztliche Hilfeleistung. Unentbehrliche Geburthilfe. Unentbehrliche Leichenbeschau und Bestattung.

XII. Haftspflicht der Gemeinden und des Staates für alle widerrechtlichen oder fahrlässigen Handlungen der Beamten in Ausübung ihres Berufes oder Amtes.

XIII. Errichtung eines Aufs für Obdachlose.

Zur Theaterfrage. Der Senat ist dem mit einer Stimme Mehrheit gefassten Beschuß der Bürgerschaft beigetreten, das neue Theater auf dem Grundstück der Casino-Gesellschaft in der Beckergrube zu errichten und stellt Anträge wegen Bewilligung der Kosten für den Grundstückserwerb in Aussicht. In der Mitteilung des Senates an die Bürgerschaft, die voraussichtlich letztere Förderung Montag, und den Bürgerausschuß bereits morgen beschäftigen wird, heißt es nach dem Antragsblatt u. a.: Bei Erörterung der Frage, wie er sich diesem Beschuß der Bürgerschaft gegenüber zu verhalten habe, hat sich der Senat zweierlei nicht verhehlen können. Einmal hat die Debatte darüber Klarheit geschaffen, daß inmitten der Bürgerschaft eine Geneigtheit, für den Theaterbau den Lindenplatz zu bestimmen, nicht besteht. Sodann aber kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Ansichten in der Platzfrage so weit auseinandergehen, daß die Vereinigung einer großen Mehrheit für den einen oder den anderen Plan ausgeschlossen scheint. Von einer wiederholten Abwägung der Vorzüglichkeit, die den verchiedenen in Vorschlag gebrachten öffentlichen Plätzen anhaften, darf jetzt Abstand genommen werden. Nur hinsichtlich des in der letzten Bürgerschaftsberatung nachdrücklich empfohlenen Platzes des jetzigen Polizeihupens sieht sich der Senat zu erklären genötigt, daß dieser Platz für ihn nicht annehmbar gewesen sein würde. Selbst wenn man von den, hierbei jedenfalls auftretenden Bedenken, daß die Errichtung eines Theatergebäudes an dieser Stelle dem unvergleichlichen Stadtbild, das dem von der Vorstadt Eintretenden sich darbietet, schweren Eintrag tun müsse, absehen dürfte, so fällt doch neben der Unsicherheit der durch den besonders schlechten Baugrund sich verhindigenden Mehrkosten der Umstand entscheidend ins Gewicht, daß dieser Platz zu dem wertvollsten Terrain gehört, das der Stadt zur Festigung steht, und falls im Anschluß an die demnächstige Beratung über die Ausgestaltung dieser Gegend etwa eine Veräußerung, sei es ganz oder zum Teil, beschlossen werden sollte, einen Erlös verheiße, der die für den Grunderwerb in der Becker- und Fischergrube aufzurpendende Summe jedenfalls übersteigen würde. Der Senat ist aber auch der Ansicht, daß die Ungewissheit, wann dieser Platz zur Verfügung stehen wird, seine Ausscheidung aus der weiteren Beratung fordert. In dieser Beziehung wird man nicht mit vertragsmäßigen Terminen, sondern mit den Erfolgen zu rechnen haben. Gebieterisch aber erheischen wichtige allgemeine Interessen, daß, nachdem über den gewiß dankenswerten, gründlichen kommunistischen Beratungen schon der Sommer dahingegangen ist, die Wiedererrichtung eines städtischen Theaters nunmehr mit aller nur möglichen Beschleunigung gefordert werde. Diese Erwägungen haben den Senat dazu geführt, seinen Vorschlag, das Theater auf dem Lindenplatz zu erbauen, und seine Bedenken gegen

Errichtung des Theaters auf nicht öffentlichem Grund und Boden überhaupt fallen zu lassen, und auch zu einer übermaligen Erörterung der Platzfrage in der Bürgerschaft nicht die Hand zu bieten. Er gibt daher der Bürgerschaft hiermit zu erkennen, daß er ihm Beschuß vom 25. d. Mts. beitritt, sodass nunmehr über die Errichtung des Theaters auf dem von der Allgemeinheit als f. v. zu erwerbenden Platz unter Zugriff des Niemannschen Grundstückes, sowie über die Höhe der Baukosten und die anderen vom Senat beantragten Modalitäten Einverständnis her. Sichtlich des Gründungsvertrages hat der Senat die erforderlichen Schritte getan. Er läßt die unter Vorbehalt der Mitgenutzung der Bürgerschaft abgeschlossenen Kaufverträge zunächst dem Bürgerausschuß zur gutachtlichen Billigung zugehen. Es ist lebhaft zu bedauern, daß der Senat, nachdem er selbst vorher gewünscht hatte, die Bürgerschaft möchte sich mit großer Mehrheit für einen der zur Diskussion stehenden Plätze entscheiden, dem mit einer Stimme Mehrheit nebst Beschluss beigegeben ist. Was unserer Ansicht nach außer der Herausgabeung der 400.000 M. aus dem Stadtmittel gegen das Beckergrubuprojekt spricht, haben wir bereits anlässlich der Verhandlungen der Bürgerschaft in Sachen der Theaterangelegenheiten gesagt. Die Stunde, welche der Senat für seine Stellungnahme angibt, erscheinen uns nicht sachlich.

Eine Monistische Gesellschaft, als Zweigverein des Deutschen Freidenkerbundes, hat sich auch hier in Lübeck konstituiert. Am neugestarteten Freitag fand die erste Versammlung statt. Der Eröffnungsredner war Herr Löwe - Dresden. Der Besuch war ein recht geringer. Die dem Referate folgende Diskussion ergab nichts Besonderes, so daß sofort zur Wahl des provisorischen Vorstandes geschritten wurde, welcher für Ausarbeitung der Statuten u. s. v. sorgen soll.

Städtisch subventioniertes Stadthallen-Theater. Die heutige Vorstellung beginnt erst um 8 Uhr abends, worauf wir unsere Leser und die Theaterfreunde ganz besonders aufmerksam machen. Diese Neuerrichtung, die Vorstellungen von letzterer Dauer erst um 8 Uhr beginnen zu lassen, wird vor allem von Geschäftsmenschen, die gern das Theater besuchen, sehr freudig begrüßt werden. — Der Mittwoch bringt Kunst v. Wolzogen's in der Exzellenz. Donnerstag wird vielfachen Wünschen entsprechend, die Eröffnungsspiel "Die verkaufte Brüder" wiederholt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Schluß der erneuten Abonnement-Annahme auf Sonnabend, den 7. Oktober, festgesetzt ist und möglicherweise wir daher anraten, sich rechtzeitig einen guten Platz zu sichern.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde begann seine Tätigkeit wieder mit einer Versammlung am Sonnabend. In Sachen Stadthof wurden die Schritte des Vorstandes gutgeheissen; dazu wurde derselbe beauftragt, die Interessen des Vereins weiter wahrzunehmen. Das Winterprogramm wurde mitgeteilt und genehmigt. Eine Übersicht über die Vorträge wird demnächst jedem Vereinsmitgliede zugehen. Die Niederlassung des Herrn Dr. Obermeier wurde freudig begrüßt. Seine Ankunft steht in nächster Zeit bevor. Eine Reihe von Vorträgen, die im Verlage des Bundes erschienen sind, wurden besprochen.

pb. Fahrraddiebstahl. Am Montagabend wurde von einem Hausschlüssel in der Hüttstraße ein neues Fahrrad Marke "Möthes Walküre" mit der Polizeinummer 823 gestohlen. Das Rad hat schwarzen Rahmenbau und nach unten gebogene Verstärkung. In den Felgen befinden sich gelbe Reifen. An dem Hinterrade fehlt das Schutzblech.

pb. Steckbriefling. Ein seitens der Königl. Staatsanwaltschaft in Lübeck wegen Diebstahl verfolgter Arbeiter wurde hier angetroffen und festgenommen.

Buzug von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten.

Buzug von Arbeitern und Arbeitersinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Böggelshen Sügemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohr in Lauen.

Stockelsdorf. Mit der Aufführung der Landtagskandidaten beschäftigte sich eine Sonntagabend abgehaltene Parteiversammlung. Nach lebhafte Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß man deshalb von der Wiederaufstellung des Gen. Hugo Abstand nehmen müsse, um eine Doppelwahl desselben aus finanziellen Gründen zu vermeiden. Als Kandidaten wurden sodann in Vorschlag gebracht die Geispen Buß und Westphälking. Da auch andere Parteivorte Vorschläge gemacht haben, so findet demnächst eine Abstimmung über die vorgeschlagenen Genossen statt.

Kleine Chemie der Nachbarschaft. In der Chemischen Fabrik von Paul Horn in Hamburg brannte der Teil nieder, in dem der Sprit aufbewahrt wird. Der Schaden ist erheblich. — Erflossen hat sich Sonnabend vormittag ein 18jähriger Schüler der Oberrealschule in Flensburg, angeblich, weil er die Prüfung zur Oberschule nicht bestanden hat.

Hamburg. Ein Aufrührerprozeß und dessen Ursachen. Vor dem Hamburger Schorgericht gelangte ein Vorfall zur Verhandlung, über den wir in unserer Nummer vom 5. Mai ds. Jrs. berichtet haben. Die Sensationspresse hatte den Aufzehr an der Wasserleitung stark aufgebaut. Des Aufrührers und der öffentlichen Beamtenbelästigung sind angeklagt der 33jährige Hafenarbeiter Joh. Franz Michael Lüdtke und der 27jährige Hafenarbeiter Friedr. Wilhelm Mahncke; ersterer soll Stadtführer gewesen sein, während der Hauptstadsführer, der Schauermann Kogge, im Untersuchungsgefängnis Selbstmord begangen hat. Schuld an dem Vorfall ist die am Hafen beliebte Methode, die Leute stundenlang auf ihren sauer verdienten Lohn warten zu lassen, welche Widerstand aus der Welt zu schaffen sich die Arbeiterorganisationen bislang vergeblich bemüht haben. Am Abend des 3. Mai hatten sich vor dem Geschäftskontor des Stauers Blohm am Stubbenufer 29 vier Arbeiter angesammelt, um den Lohn in Empfang zu nehmen. Da die Arbeiter danach trachteten, möglichst schnell abgefertigt zu werden, so ist es erklärt, daß sich ein Teil auf den Hausschlüssel begab, um schnell in das Bureau zu gelangen. Dem in demselben Hause wohnenden Schiffsvorstandshändler Michaelsen passte die Ansammlung im Hausschlüssel nicht, weshalb er die Aufforderung an die Hafenarbeiter erließ, sich zu entfernen. Als die Arbeiter hierauf nicht reagierten, reizte er Polizeiamtsherren an, worauf sich in schneller Reihenfolge die Vorgänge abspielten, wegen deren die Angeklagten vor den Geschworenen stehen. Unter Anführung von dem vorstrebenden Kogge und Lüdtke soll sich die inzwischen auf etwa 100 Personen angewachsene Menschenmenge auf die Beamten gestürzt, die zu Boden stießen, mit Kaffeeflaschen zu geschlagen und mit Fäusten getreten haben. Lüdtke soll in bezug auf den Schuhmann Otto, der einen unbekannten festhielt, gesagt haben: "Schlägt doch den Hund tot und nehmt ihm die Wämpe fort!", während Mahncke etwas später gesagt haben soll:

"Gaut doch den Hund nieder, denn er hat unsere Kollegen verletzt!" Durch diese Wiedersprüche soll die Menge zu ihrem von dem Schuhmann Otto festgehaltenen Mann ermöglcht werden, sich seiner Verhaftung zu entziehen. Mehrmals wurden die Polizeibeamten, die auf der Bahn, angeführt, am Halse gewürgt, zu Boden gestoßen und gewürgt. Der eine Beamte will noch heute an den Folgen dieser Misshandlung leiden. Der Angeklagte Lüdtke verzerrt sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben; er habe nur dem einen Beamten den Sabel festgehalten, damit er nicht noch weitere Kollegen verlege, weil schon mehrere bluteten. Der Angeklagte Mahncke stellt jede aktive Aktivität in Abrede; als er auf die Straße kam, habe er einen Schuhmann beiseite, der auf dem blutenden Kogge lagte. Er habe dem Polizisten zugesehen: "Lassen weiter, in einem anderen Menschenköpfen, kneife ich andrer Beamter auf einem Mann, der völlig unbeteiligt gewesen sei. Er, der Angeklagte Mahncke, und andere hätten zu dem Schuhmann gesagt, daß er sich irre. Darauf sei er selbst in Haft geraten, ohne irgend etwas getan zu haben. Der Stauer Blohm bekundet, daß es stets bei der Wisszahlung sehr zu hig zu geben; er habe gehört, wie Michaelsen den Leuten zufiel, sie sollten sich entfernen, weil er, dem das Haus gehörte, eine Geschäftsführung fürchtete. Die Beweisaufnahme ergibt den geschilderten Tatbestand. Der sogenannte Stadtführer Lüdtke wurde unter Jubilation mildernder Umstände zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Mahncke erhielt wegen einsachen Widerstandes zwei Monate Gefängnis.

Teterow. Was man in Teterow als politische Threna aussaß. Am Sonnabend fand hier eine vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufene öffentliche Versammlung stattfinden, in der Genossen Stellung aus führerelle Bedeutung der Gewerkschaften referieren wollte. Der Magistrat der berühmten Stadt Teterow hatte jedoch der Witwe des Volks, in dem die Versammlung sagen sollte, die Auflösung zugesetzt. Der sogenannte Stadtführer Lüdtke wurde unter Jubilation mildernder Umstände zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Mahncke erhielt wegen einsachen Widerstandes zwei Monate Gefängnis. Teterow. Was man in Teterow als politische Versammlung des Großherzoglichen Ministeriums in Schwerin bedauerten. Der weiße Magistrat hatte also in dem angegebenen Thema ein politisches erblickt. Der Referent, dem eine solche Aussicht mindestens scheinlich unverständlich war, wandte sich sofort persönlich an den Unterzeichner der magistrativen Verfassung, Herrn Rechtsanwalt Dr. Schmidt. Dieser erklärte, ein Herr, der dem Magistrat völlig fremde, habe ihn am Sonnabend morgen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Versammlung eine politische Aussicht habe. Darauf sei ihm dann auch dieselbe Erkenntnis gekommen und deshalb habe er die Versammlung verboten. Nach längeren Auseinandersetzungen, in denen Stellung dem Herrn klar machte, daß er die Versammlung gar nicht verbieten dürfe, sondern höchstens dieselbe aufzulösen lassen könnte, soweit dies politische Gebiet berührte, genehmigte der Herr Doktor die Versammlung unter der Bedingung, daß dieselbe polizeilich überwacht würde. Selbstredend konnte hiergegen nichts eingewendet werden. Die Versammlung fand dann auch in Anwesenheit dreier bewaffneten Gelehrten, die im Einzelnen auf die selben zurückzukommen. Die Musik wurde in vorzüglicher, stimmungsvoller Weise zu Gehör gebracht. Das Publikum war ziemlich zahlreich erschienen und zeigte die Mitwirkenden wiederholt durch Beifall aus.

Stadthallen-Theater.
Ein Sommernachtstraum, Komödie in 5 Akten von Shakespeare. Musik von Mendelssohn-Bartholdy. Ob es richtig war, die Schauspielsaison mit dem Sommernachtstraum zu eröffnen, ist eine Frage, die man dann vielleicht mit einem Ja beantworten könnte, wenn für die Vorstellung ein Klavierpersonal zur Verfügung stand, welches sich bereits gemeinsam betätigten hätte. Hier in Lübeck hatte man es aber mit Klaviklern zu tun, die sich erst einzählen und auch das Publikum erst kennen lernen müssen. Darum vermied man mehrfach die gerade bei Shakespeares Dramen notwendige Einheitlichkeit und Absurdierung. So viel wir in der Zeit, während der wir der Vorstellung beiwohnten, erkennen konnten, sind auch im Schauspielpersonal törichte Kräfte vorhanden. Wir werden später Gelegenheit haben, im Einzelnen auf die selben zurückzukommen. Die Musik wurde in vorzüglicher, stimmungsvoller Weise zu Gehör gebracht. Das Publikum war ziemlich zahlreich erschienen und zeigte die Mitwirkenden wiederholt durch Beifall aus.

Magdeburg.
Ein Sommernachtstraum, Komödie in 5 Akten von Mendelssohn-Bartholdy. Ob es richtig war, die Schauspielsaison mit dem Sommernachtstraum zu eröffnen, ist eine Frage, die man dann vielleicht mit einem Ja beantworten könnte, wenn für die Vorstellung ein Klavierpersonal zur Verfügung stand, welches sich bereits gemeinsam betätigten hätte. Hier in Lübeck hatte man es aber mit Klaviklern zu tun, die sich erst einzählen und auch das Publikum erst kennen lernen müssen. Darum vermied man mehrfach die gerade bei Shakespeares Dramen notwendige Einheitlichkeit und Absurdierung. So viel wir in der Zeit, während der wir der Vorstellung beiwohnten, erkennen konnten, sind auch im Schauspielpersonal törichte Kräfte vorhanden. Wir werden später Gelegenheit haben, im Einzelnen auf die selben zurückzukommen. Die Musik wurde in vorzüglicher, stimmungsvoller Weise zu Gehör gebracht. Das Publikum war ziemlich zahlreich erschienen und zeigte die Mitwirkenden wiederholt durch Beifall aus.

Berlin. Der Riesenkampf in der Metallindustrie ist ausgebrochen. Am Sonnabend sind 33.000 Arbeiter ausgesetzt worden. Eingelegte Einigungsverhandlungen scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer. Da gestern morgen auch die nicht ausgesperrten Maschinisten und Heizer die Arbeit zum größten Teil nicht wieder aufgenommen haben, so können die Betriebe, trotzdem man Feuerwehrleute abkommandiert hat, nicht in vollem Umfang aufrecht erhalten werden. Der Straßenbahnenverkehr stockt; auch mit der elektrischen Beleuchtung hapert es. Die Polizei ergreift natürlich zu Gunsten der Arbeitgeber Partei, indem sie durch Absperren der Betriebe die arbeitswilligen Ingenieure und Meister etc. schützt und weiterhin die Einreihung von Unhängewagen entgegen ihrer sonstigen Praxis gestattet.

Leipzig. Er muß brummen. Das Reichsgericht verwirft die Revision des Dompropstentatals in Worms, der vom Landgericht Mainz am 10. April wegen Sittlichkeit verbrechen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war.

Nürnberg. Im Bebel'schen Erbschaftsprozeß kam zwischen den Parteien gestern ein Vergleich zustande.

Duisburg. Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein: Von Gutten durch S. G. Expedition des L. B.

Hamburg. Schweinchens Wochmarkt. Hamburg, 30. September. Der Schweinchandel verlor mittelmäßig. Angeführt wurden 1830 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Kleinstweine — 70 Pf., leicht 67—68½ Pf., Saufen 64—69 Pf. und Fette 65—68 Pf. pro 100 Pfund.

Eröffnung

unserer

Schuhwaren-Filiale

Schwartauer Allee, Ecke Gewerbeschtr.

findet
Mittwoch dem 4. Oktober, morgens 8 Uhr
statt.

W. Blumenthal

Kohlmarkt, Ecke Sandstraße.

Gustav Thies
Anna Thies,
geb. Batta
vermählt.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke
zu unserer Hochzeit sagen herzlichen Dank. D. L.

Montagvormittag 10 Uhr starb nach langerem
schweren Leid eine liebte Frau, unsere gute
Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Wilhelmine Wellner, geb. Ganschid,

im 67. Lebensjahr.

In innigstem Bezug von den ihrigen und allen,
die ihr nahe standen

Joh. Wellner.

Lübeck, den 2. Oktober 1905.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den
5. Oktober, vormittags 11 Uhr, vom Trauerhaus,
Hundestraße 78, aus statt

Für die vielen herzlichen Gratulationen und
Geschenke anlässlich unserer silbernen Hochzeit
lügen wir hiermit allen Spendern unserer innigsten
Dank. Carl Pielenz u. Frau, geb. Delte.

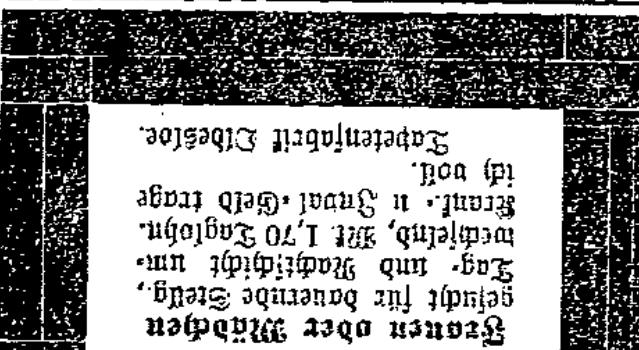
Kleine Zweizimmer-Wohnung
zum Januar in der Westhoffstraße, Nr. 160.

Nah Warendorffstraße 4.

1 Wohnung sofort zu vermieten
Lübeckstraße 7a.

Eine Flügelwohnung
zum 1. Januar zu vermieten
Lübeckstraße 14

Geucht zum 1. Januar von jungen Leuten
mit einem Kind eine Wohnung, 2 Zimmer n.
Zubehör, im Preise bis 200 M., am liebsten vor
dem Hüttertor. Off. u. A. 100 an die Erbde



Schuhmacher
sucht Nagler, für elektr. Betrieb bei hoh. Lohn
per soj. ges.

Hugo Haendler.

40 Phonographwalzen für 20 M.
Ludwigstraße 88, v. r.

Guterh. Babykorb auf Gestell
billig zu verkaufen
Wiesenweg 4 (Burgtor).

Bei unserer Abreise nach Kiel sagen wir allen
Freunden und Bekannten herzliches Lebewohl.

Franz Rosemann und Frau.

Wohnungs-Veränderung.
Wohne nicht mehr Hügstraße 120, sondern

Langer Lohberg 23.

Theodor Ehlers.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Stadtw. „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der zu P. L. gehörigen einen Artikel und Notizen:
Johannes Stelling. — Berantwortlicher Redakteur für die „Lübeck. „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gesonderten Artikel und Notizen: **Paul Zwist.**

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend
die ergebene Mitteilung, dass ich mit dem heutigen Tage das
bisher von Herrn F. Rosemann geführte

Restaurant „Polierkrug“

Schwartauer Allee 92
Schäflich übernommen habe und bitte, das meinem Vorgänger
erwiesene Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen.

Indem ich für gute Speisen und Getränke bestens sorgen
werde, zeichne

Hochachtungsvoll
Franz Strohkar.

Am heutigen Tage eröffne ich Fackenburger
Allee 34 ein

Das von Herrn Theodor Ehlers, Hüg.
straße 120, bisher betriebene

Colonialwaren- und Delikatessen - Geschäft.

Indem ich gute, reelle Bedienung zusichere,
halte mich bestens empfohlen

D. Blomendahl

Das Beste ist die Gesundheit!

Darum sorge jeder
für trockene Füße.

Empföhle daher einem jeden, der
im **Nassen** arbeitet, das

Riesenlager

meiner bewährten guten pommer.
Halb-, Dreiviertel-, Jagd- und
Kniestiefel vom besten Ma-
terial und fester
Handarbeit.

Nur 38 Marlesgrube 38.

Feuerversicherung schließt ab
Bedingungen A. Beßmann, Friedenstr. 47.

ff. Weinessig

Ia. Essigsprit

billigst

Wilhelm Kahloft,
Untertrave 113.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.

liefer prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Milch- u. Butter- Geschäft

verbunden mit Obst-, Gemüse-, Kartoffel-,
Brot-, Bier- und Tierhandlung, ist läufig
in meinen Besitz übergegangen und werde das-
selbe in unveränderter Weise fortführen. Unter
Bücherung strengster Rechtlichkeit bitte ich ganz er-
gebenst, das meinem Vorgänger bewiesene Ver-
trauen auch auf mich übertragen und mein
Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Lübeck, den 1. Oktober 1905

Hochachtungsvoll
Claus Gülcke,
Hügstr. 120.

Geschäfts - Gründung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich im Hause
Fischergrube 64 eine

**Obst-, Grüngewaren-,
Kartoffel-, Flaschenbier-
und Brothandlung.**

Gute Ware zusichernd, ersuche um gütige
Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtend

C. Gundlach,
Fischergrube 64.

Ahren ziratzen . 1,50,
Federen einsetzen . 1,50,
Jahrgläser 1. Qual. 0,50

Aug. Büttner,
Hermeser,
Hügstraße 32.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Wahmst. 8.

Achtung Maurer!

Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch den 4. Oktober

abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 10/12
Tage 22. Ordnung.

1. Bericht über die gegenwärtige Situation.
2. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert,
zahlreich und präzise in der Versammlung an-
wesend zu sein.

Der Vorstand.

Arbeiter-
Radfahrer-
Verein
LÜBECK.

Gegründet 1894.

General-Versammlung
am Donnerstag den 5. Oktober.

abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 10/12
Tage 22. Ordnung.
Aufnahme Abrechnung, Statutänderung, § 2.
Verschiedenes.

Der Vorstand

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Diese Woche ausgestellt:
Schlesien.

Grafschaft Glatz.

Staatlich subventioniertes
Stadthallentheater.

Direction: L. Piorkowski (Piori).

4. Vorstellung. 4. Abonn. Vorst.

Heute, Mittwoch d. 4. Ott. 1905:

Die Kinder der Exzellenz.

Ufspiel in 4 Akten von Wolzogen und Schumann.

Aufzug 2½ Uhr. Schauspielpreise.

Donnerstag: Zum 2. Male:

Die verkaufte Braut.

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 232

Mittwoch, den 4. Oktober 1905.

12. Jahrgang.

Jahresbericht der Agitationsskommission

für die

Provinz Schleswig-Holstein, das Herzogtum Lauenburg, das
Fürstentum Lübeck und den Hamburger Staat
für den Zeitraum

vom 1. Juli 1904 bis zum 30. Juni 1905.

1.
Im Berichtsjahr ereigneten weder Wahlen zum Reichstag noch zum preußischen Landtag das politische Leben unserer Provinz. Jedoch schätzte es nicht an bedeutenden politischen Ereignissen, deren Wellenwoge sich auch bis zu uns auswirkte und sogar Todesfälle erzielte. Da bei zunächst der Streik der Bergleute im Ruhrrevier genannt, ein Kampf zwischen Proletariat und Kapital, wie er bisher in der Geschichte der Arbeiterschaft noch nicht vorkam wurde. Zunächst hatten die Bergleute verlustig die größten Arbeitsschäden ihrer Arbeitnehmerschaft durch schwere Verhandlungen zu leiden, sind wurden sie höchstens abgewiesen. Die Unternehmer hatten sich im Rücksicht auf gewaltige Kapitalmacht vereinigt; darauf possten sie und stellten von Arbeitern Konzessionen zu machen, welche sie deren Existenzverhältnisse nach Schichtveränderungen, Wagenmühlen, Stilllegung von Gruben und bergfleckten noch mehr brach. Da war es kein Wunder, daß der so lange währende zufällige Kampf der Arbeiterschaftlich mit der Gewalt einer Münchmacht herabbrach: Doch aber schmiedeten ihre Führer, die auf dem unerschöpflichen Beispiele für einen Kampf hinzuwiesen, legten 230 000 Bergleute die Arbeit nieder, um durch Streik zu erreichen, was man ihnen auf feierlichem Wege schmälich versprach. Diese gewaltige Klassenkampf wurde mit einer Einigung des Großvorsitzenden nach unerwarteter Stunde, doch aller Prostitutionen, geschlossen, doch sich die breite Öffentlichkeit anschließend mit ihm beschäftigen mußte. Da der Preß, in den Parteien, sogar in den Komitees waren die bürgerlichen Parteien gegenwärtig, handelte sich das Interesse in höchster Weise ab. Auch die Regierung hat sich dazu veranlaßt und hätte hier wieder eine gute Gelegenheit gehabt, den Ernst ihrerzialen Fürsorge für das Wohlergehen der Arbeiter zu demonstrieren. Gleich dagegen brachte sie im preußischen Kleinstparlament einen Gesetzentwurf zum Schutze der Bergarbeiter ein, der selbst den schlimmsten Misshandlungen vor recht unzureichend zu Seite ging und von dem Justizparlament noch dazu so beschränkt wurde, daß aus dem Arbeiterschutz ein Arbeiterschutz geworden ist. Hier zeigte sich unverhüllt die Macht des Großvorsitzenden, gegenüber der auch die mächtigste Regierung auch wenn sie vielleicht den Willen hätte, den Arbeitern zu helfen, ohnmächtig ist. Die Regierung im modernen Klassstaat hat nur die Interessen der Besitzenden wahrzunehmen, handelt es sich um die Interessen der armen oder Industriearbeiter.

Aber wir leben ja vor den Toren unserer herrschenden Klasse und so geben uns die heimlichen Bergarbeiter sie ebenfalls in die Erscheinung tretennden Mützen des kapitalistischen Ausbeutungssystems herkömmlichen Goldkonserven. Die Agitationsskommission hat deshalb 3 Bergleute aus dem Streitgebiet kommen, die in 26 Orten unserer Provinz über den Bergarbeiterstreik in Volkversammlungen referierten. Auch diesen arrangierten unsere Genossen noch zahlreiche Versammlungen in Hamburg und in 6., 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis, die sich mit dem Kampf der Bergleute beschäftigten. Überall war der Beifall und der Beifall der Versammlungen ein sehr eindrücklicher, selbst in jenen Orten, in denen gewöhnlich der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig läßt.

Von der in diesem Jahre besonders hervorgezogenen Auspeckungswut der Unternehmer wurde auch unser

Gebiet stark in Mitleidenschaft gezogen. Außer kleinen Dohnlämpfen kam es in Lübeck, Neumünster, Kiel und Haderseben zu Auspeckungen und Streiks im Bauarbeiter in Flensburg zu einem bedeutsamen Streik der Bauarbeiter. Mit den Auspeckungen wollte man einen bedeckenden Schlag gegen die verhüllten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter führen. Aber es war ein Schlag für Wasser: die Auspecker fanden in Hamburg-Altona keinerlei Gegenwehr, als in der Heimat. Der Streik in Haderseben brachte den Arbeitern nach schwierigstem Kämpfe eine Erfahrung, die Gegenwehr kam nicht einzulegen, während der Werkarbeiter in Flensburg, nachdem die Auspeckungen 14 Wochen lang laufen würden, erst jetzt abgebrochen werden mußte. Die Betriebsvorstände der betroffenen Gewerkschaften lachten es ab, die Gewerkschaftsführung vom weiteren zu ziehen, weil sie der Nazis waren, daß kein Erfolg mehr erzielt werden könnte. Dieser Kampf hat aber nicht nur den Arbeitern und ihren Organisationen große Opfer gekostet, sondern auch den Unternehmern beträchtliche Wunden gezeichnet. Nur durch Erträge von 200 000 M. aus ihrem Exportionsfuß war die Schiffbau-Unternehmung, eine Dividende von vier M. zu ziehen, während der Erlös pro Tonne bei „normal“ Altpreis im Vorjahr 11 Prozent weniger hatte. Die Brüder Wöbel verkauften ihr Unternehmen für 10 Millionen Pfund, ohne Kopfzettel, einzeln darüber, daß man ihnen so viel Zeit braucht, daß sie nichts mit Mangel um Einkommenen zu kämpfen haben und kann noch, daß man sie infolge des neuen Entomments entzweit. Doch ist es allen gelungen, daß sie nicht monatelang in Klassenkampf gestanden, sondern aufgrund eines Klassenkampfes des Betriebes einer erschrecklichen Zahl sozialdemokratischer Vertreter zu verhindern. Dieses schlechte Beispiel folgt nun auch die „alte Arbeit“ nach dem Krieg. Dort waren bei der sozialdemokratischen Erneuerung die Kämpfer, wie man das Genossen nannte, aufgrund eines gewaltigen Klassenkampfes des Betriebes einer erschrecklichen Zahl sozialdemokratischer Vertreter zu verhindern. Dieses schlechte Beispiel folgt nun auch die „alte Arbeit“ nach dem Krieg. Dort waren bei der sozialdemokratischen Erneuerung die Kämpfer, wie man das Genossen nannte, aufgrund eines gewaltigen Klassenkampfes des Betriebes einer erschrecklichen Zahl sozialdemokratischer Vertreter zu verhindern. Diese Kämpfer haben die Gewerkschaften erobert. Diese Kämpfer haben die Gewerkschaften erobert, die nun, nach erfolgter ersten Erfahrung im Präzess, im Scheine einer Gewissensruhe hier wird das Monstrum schon zu einem geeigneten Werkzeug der Wirtschaftsordnung der verdeckten Macht geformt werden. Dann wird man wohl verstehen, daß man die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Rathaus verändert, der sozialdemokratischen Bewegung aber gibt man natürlich nur Raum. Und dann sinkt am Ende alles Leid. Ganz hat man sonst zum Kampf mit gewaltigen Waffen gekämpft. Heute noch man setzt geltigen Banknoten statt, nur noch mit Hilfe mechanischer Gewaltmöglichen jetzt man sich den immer mächtigeren Feind zu entziehen. Dennoch vergriffen! Sie ziehen das Bürgeramt die Arbeiterschaft aus mit Gewalt Mittels bekämpft, um so mehr oben gewinnt sie. Auch der politisch klugste Konservant schlägt das Dumme und Schmäßliche einer solchen Taktik und schlägt sich der Sozialdemokratie an.

Auch der Kölner Kurs im nördlichen Schleswig hat wieder reichen Auslastungskoeffizienten. Noch immer besteht als beliebtes Mittel behördlicher Gewaltserziehungskunst die Auspeckung, oder, wie man jetzt sagt: Fortsetzung von Diktaturen, häßlich geführte Deine. Ganz beiderseits Unwillen hat die Bevölkerung erregt jedoch die Methode des Optaktenmachers. Man sucht Männer, die sich in der bürgerlichen Bewegung befinden, dadurch los zu werden, daß man sie gegen ihres Willen zu Optakten stempelt und sie dann ins Landes verweist. Die Art solcher artigen Kampfesweise und der dabei angewandten schmutzigen Mittel brachte unserm Parteien einen sensationellen Erfolg ein, der mit einer Verurteilung seines Käufleins zu 3 Monaten Gefängnis endete. Ein Mann, der 6 Jahre Gemeindeschreiber und Kreisjugendordner, außerdem 20 Jahre Schulvorsteher gewesen war, namens Finne man, war durch seine

„Die Sache geht Dich gar nichts an, Fischer, rief auch Johany.“

„Halte Maul, Napoleon“, sagte aber Fischer ruhig. „Du bist überstimmt und kannst nichts machen. — Dies ist allerdings nicht mein Zustand, aber es gehört dem Manne, der Euch eben gesagt hat, daß hier nicht gespielt werden soll. Selbst also so gut und packt Eure Vogelkäfige wieder ein — wir Amerikaner haben mehr Verstand, als uns damit fangen zu lassen.“

„Ihr seid der Amerikaner von heute, nicht wahr?“ sagte der Amerikaner und sah ihn mit einem boshaften Blick von oben bis unten.

„Ja wohl“, sagte Fischer, „und wenn wir hier Recht und Gerechtigkeit in den Minen hätten, oder einen andern Menschen zum Richter als diesen Holzkopf von Major, so säget Ihr jetzt fest in Eisen, anstatt hier mit Eurem Goldbeutel herumzulösen.“

„Das ist Eure Meinung von der Sache!“ lachte der Amerikaner. „Schade, daß Ihr nicht Ascalde seid.“

„Für Euer Geschäft ein Glück“, brummte der Deutsche — „und nun seid so gut und räumt den Tisch hier. Wir brauchen den Platz für eine ehrliche Unterhaltung — für Fleisch und Gläser.“

„Sir!“ rief der Amerikaner mit kaum verbesserter Wut.

„Fort mit den Karten — fort mit dem Gold!“ schrie ihn aber auch jetzt die Franzosen und Deutschen an, während Johany noch einen letzten Versuch machen wollte und mit einem Messieurs — Messieurs auf die Bank sprang. Lachend und schreiend wurde er aber wieder heruntergezogen, und die Leute drängten jetzt so nahe um den Tisch herum, auf dem der Goldsack stand, daß es der Amerikaner doch für geraten fand, sich zurückzuziehen. Er schob rasch wieder die schon ausgebreiteten Karten zusammen und in seine Tasche, raffte seinen Beutel wieder auf und sagte:

„Gentlemen, ich will Ihnen dann selber nicht länger im

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(40. Fortsetzung.)

Mit diesen Worten nahm der Amerikaner ein Spiel spanischer Karten aus seiner Geldtasche, legte sie vor sich hin, und hob dann einen bis dahin unter dem Mantel gehaltenen, gewöhnlich gewichtigen Beutel auf den Tisch.

„Ah, vor trefflich!“ rief Johany, der keine Karte sehen konnte, ohne augenblicklich den Spieltisch in sich zu fühlen — jetzt kommt Leben in die Sache.“

„Das bezweifle ich, Napoleon,“ sagte Fischer ruhig, „denn wenn Du den Betrüger Dein Geld in den Hals jagen willst, wirst du wahrscheinlich wo andershin gehen müssen!“

„Wo andershin? — Und weshalb?“ rief der kleine — „hier ist alles fit und freit, und jetzt sollt Ihr einmal sehen, wie ich dem Herrn da die Nase aus dem Beutel ziehe.“

„Das sieht vielleicht ganz hübsch aus, Johany,“ erwiderte Fischer, „aber wenn die übrigen Landsleute meiner Meinung sind, so halten wir hier kein Spiel. Ich denke, die Franzosen da drüben haben dieselbe Ansicht.“

„Hinzu mit dem Spieler!“ sagte da auch Graf Beckendorf, „die Peitsche des Landes soll da bleiben, wohin sie gehört — bei den Amerikanern.“

Fischer hatte zugleich einige Worte mit den ihm nächsten Franzosen gewechselt und diese, rasch auffahrend, stimmten ihm ebenfalls bei, in diesem Sinn das Spiel nicht zu dulden. Da aber zugleich eine Anzahl von ihnen aufgestanden waren, glaubte Mr. Smith wahrscheinlich, daß sie jetzt zu ihm kamen und protestieren wollten, mischte deshalb lächelnd seine Karten, ließ sie ein paarmal durch die Finger gleiten

und sagte dann, das Spiel dem ihm zunächst sitzenden Eibe hinzuweisend:

„Sie so kind to cut, Sir!“ (Seien Sie so gut und geben Sie ab)

„Cut yourself!“ antwortete ihm aber Eibe, ohne seine Hände aus dem Taschen zu nehmen, und mit dem Doppelpunkt des Wortes, (so cut abheben und auch ein slang Ausdruck für „machen, daß jemand fortkommt“ — unser: sich drücken.)

Fischer verbesserte, ohne sich weiter mit dem Spieler einzulassen, war zum Bett getreten und hatte hier, von den Französen läßig dabei unterstützt, seinen festen Entschluß ausgesprochen, daß sie alle das Bett verlassen und nicht wiederkommen würden, wenn er es zu einer Spielschule machen wolle. Dieser hätte nun vielleicht ganz gern gelehrt, daß in seinem Bett dann und wann gespielt wurde, denn die Leute blieben da später in die Nacht hinein sitzen und tranken mehr. Seine Gäste wollte er sich aber natürlich nicht damit vertreiben und gönnte deshalb zu dem Amerikaner, ihm deren Entschluß mitzuteilen.

„Mister,“ sagte er dort — „die Herren wollen nicht spielen; packen Sie Ihre Karten wieder ein.“

„Wollen nicht spielen?“ rief aber Johany auf Englisch, der gar nicht daran dachte, seine Aufsicht auf Gewinn aufzugeben. „Was sagt Euch das, Vosfeld? — Gewiß will ich spielen.“

„Nun, wer nicht spielen will, läßt es bleiben,“ lächelte der Amerikaner, Johany zurück — „wir beide sorgen dafür an. Hier, Sir, liegt drei und Vß — und hier fünf und neun — auf welche?“

„Es soll hier in dem Bett nicht gespielt werden, Sir,“ mischte sich aber Fischer in das Gespräch, „ich glaube, daß wird Euch deutlicher sein. Ihr habt uns doch nur verstanden?“

„Ist das Euer Bett, Sir?“ fragte der Amerikaner trocken zurück.

dänische Gestaltung läßt sich gefallen. Man macht ihn gegen seinen Willen zum dänischen Optanten und schob ihn über die dänische Grenze. Als er durch seine Rückkehr nach Deutschland gerichtliche Entscheidung erzwang, mußte das Kieler Oberlandesgericht erklären, daß es in einem Deutschen, seine Ausweisung also zu Unrecht erfolgt sei. Nun habe man nach Abschiebung des Finnemann auch seinen Sohn als Dänen erklärt und ausgewiesen, der auf die Erklärung seines Vaters zum Preußen hin ebenfalls gerichtliche Entscheidung über die Rechtswürdigkeit seiner Ausweisung herbeiführte. Zu dieser Verhandlung war es jedoch gelungen, eine Kranzzeugniss aus Dänemark herbeizuführen, auf Grund deren Aussage das Gericht "tatsächlich feststellen" konnte, daß Finnemann Vater für Dänemark optiert, sonst auch sein Sohn Däne sei. Da das Revisionsgericht an einer "tatsächlichen Feststellung" nicht rütteln darf, so erzielten wie die wunderschöne Skandal, daß das Kieler Oberlandesgericht den Vater als Preußen, den Sohn da gegen als Dänen erklärt, weil es in der Vorinstanz "tatsächlich festgestellt" sei, daß Finnemann Vater Däne sei. Das ist ein phantastischer Triumph deutscher Jurisprudenz und Buchstabenrechtsprechung, der wohl die selten ein anderer Fall geeignet ist, den Bildschirms in der Rechteplege zu beleuchten. Eine dänische Zeitschrift hatte nun behauptet, daß der so unzweckmäßig beschafften Beleidigung in dem Prozeß gegen Finnemann Sohn 2000 Mk. in Aussicht gestellt worden seien, wenn man durch ihre gerichtliche Aussage eine Auswirkung des Finnemann zu Gunsten bringen könnte. Unsere Parteidrogen hatte diese Menge übernommen und konnte bei der deswegen stattfindenden Rechtsverhandlung in Kiel so wunderbare Schablonen prächtiger Korruption entfalten, daß wir mit dem Ergebnisse dieses Prozesses hoffentlich seiner agitatorischen Wirkung sehr zuversichtlich sein können.

Allgemeines Rauschblitzen erregte ferner die Begehungnahme des dänischen "blauen Federbuchs", das wahre Werke echter Dichtkunst enthält. Man erachtet diese Sammlung dänischer Lieder für so staatlich gefährlich, daß man bei den Buchhändlern sie vorhandenen Exemplare konfiszierte und eine gesetzliche Bestrafung der betreffenden Händler veranlaßte.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Genosse Alsen in Haderseleben mit 50 Mark bestraft wurde, weil er gewagt hatte, den Bürgermeister anzuschuldigen, daß er hinsichtlich der nächsten Beliebung die deutschen Parteidrogen vor den dänischen Postämtern bevorzugt hatte.

Mit großer Teilnahme verfolgt unsere Bevölkerung den Verlauf der revolutionären Bewegung in Russland. Unseren Genossen führen die Tragweite dieses anblütigen, aber auch erhabenden Szenen so reichen Auspfe gegen die verfluchten und sterblich verroteten Selbstherrigerlands. Jeder im östlichen Nachbarreich von unseren unter grauenbollen Umständen kämpfenden Brüdern ertrugene Schrift vornahm, die als ein Sieg des zielbewußten internationalen Proletariats empfunden und besonders des deutschen. Hat doch die deutsche Reaktion von jener Rückenföhrung bei der russischen Despotie gesucht und sich deren Kunst durch schwachwillige Genesekräfte erkämpft. Deshalb haben die Grossen in zahlreichen Verhandlungen den Helden der russischen Revolution ihre Anteilnahme, deren Mörder und Unterdrückern ihren Abschluß ausgebildet. Vorgenommene Gedenkmäler zur Unterstützung der sich aufopfernden Freiheitskämpfer ergaben reiche Erträge.

Solche Belästigung internationaler Solidarität löste auf gegnerischer Seite gewisse Angstgefühle aus, die sich zeitweilig sogar durch Schreien nach dem Staatsanwalt äußerten. Für uns ein Zeichen, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden und wir uns daher unsern Verpflichtungen gegen die Opfer der zaristischen Heulerarbeit noch energischer als bisher zu widmen haben.

Es wäre richtig gewesen, sich über den schweren Neutralitätsbruch zu entlädt, dessen Deutschland sich im russisch-japanischen Massenmord schuldig machte. Dieser Bruch des Volkrechtes, lediglich der Profittugt entspringend, sollte durch Verbüßung und Entstehung lächerlichster Art beweist werden. Das wurde jedoch durch unsere Presse gründlich vereitelt, die hier an Stelle der Regierung über die See und das Innere Deutschlands wachten mußte, indem sie alle Fälle kapitalistischer Verstöße gegen die Neutralität gehörig brandmarkte. So brachte unser Kieler Parteidrogen die großes Aufsehen erregende Meldung, daß

Wege sein. Es freuen Sie sich noch der kurzen Zeit, die man Ihnen erlaubt wird in Kalifornien zu bleiben, so gut Sie können. — Es wird nicht mehr allzu lange dauern."

"Versuch's uns hinauszutreiben!" rief aber einer der Franzosen, der English verstand und sich nach ihm durchzudringen suchte. Die anderen hielten ihn aber zurück.

"Läßt den Lump laufen; er ist ärgerlich, daß wie ihn heimreden."

Der Wirt, der das größte Interesse habe, hatte, daß in seinem Hause keine Gewalttäterschaft vorfielen, sprang gleichfalls däymischen und bat den Amerikaner, sich keinen weiteren Unannehmlichkeiten auszusetzen. Mr. Smith war das übrigens gar nicht willig, und wie er nur den Gang frei saß, schob er sein Gold unter den Arm und verließ damit rasch das Hest.

Hiermit war aber Johany nicht zufrieden gestellt.

"Meffeur!", schrie er, sprang auf die Bank und drehte den Hut auf seinem Kopf mit einem grimigen Rücken so weit herum, daß die Brücke mit dem blauen Stein hinstiegen kam: "Wir sind hier in einem freien Lande, wo jeder treiben kann, was ihn sieht und wozu er Lust hat!"

"Ja wohl, Johany — ja wohl, Napoleon!" lachte ein Teil der Leute.

"Meffeur!", rief aber Johany erbittert fort — "Sie haben den Herrn hinausgejagt, mit dem ich spielen wollte; dazu haben Sie kein Recht. — Dieses Blit ist ein Wirtschaftshaus — davon bin ich Eigentümer, so lange ich meine Rechte besitze, und wer mir in meine Rechte greift, greift mir an mein Leben, und das brauche ich mir nicht gesessen zu lassen."

"Bravo, Johany, bravo!" rief und lachte es von mehreren Seiten.

"Meffeur," schrie der kleine Wirtsch, darüber nur noch

die "Gewanawerft" vier Torpedoboote für Russland bauete. Die Teile des ersten Schiffes sollten in Südbad zwecks Transportes nach Russland auf einem Dampfer verladen werden, so daß die Überlebende Regierung gegenzuwenden war, gegen die Verladung als Neutralitätsbruch einzutreten. Aber da gehabt etwas höchst merkwürdig! Unter den Augen der beobachtenden Kommission verwandten sich plötzlich die Stücke des Torpedobootes in solche einer — Russisch!

Die politischen Vorgänge neben den blamablen Schelmenungen unserer äußeren Politik, wie der Marokkofrage, der Verhinderung ausländischer Grossen, in Deutschland zu reden ist, frucht die sich in Ustica herzustellenden Folgen unserer Kolonialpolitik, die Rückwärtsschreiter Sozialpolitik, die Schönheiten des Militarismus und Marxismus, der Klassenkampf und Großkampfziehung und ähnliche Themen unserer kapitalistisch-funktionellen Staatsregiments liefern unsrer Bewegung unverschöpflichen Agitationstoff. Wir haben bei unsrer Agitationarbeit nach besten Kräften davon Gebrauch gemacht und werden es in Zukunft noch vermehren. Jeder mehr spürt die Gegenseite zwischen Kapital und Arbeit zu, die Konzentration des Kapitals geht mit Mittelschichten vorwärts, welche Massen des Proletariats vorzüglich sind. Never schaut, wie Möglichkeit unsrer Sache neue Mühäder gegeben, wählt. Arbeiten wir höher noch energischer als bisher an dem Amt und der Kästigung unsrer Organisationen, gewinnen wir unsrer Waffen gegen Sturzkäfer und Verdunzung, der Parteidrogen neue Kräfte, um zum Rohr, unserem Ziel zu Schaffen!

Der Beschuß bez. vorjährigen Provinzialparteitages, einen besoldeten Parteidrogen für unzulässig, konnte von der zur Wahl eines solchen eingesetzten Ehrenkommission erst im Dezember ausgeführt werden. Die Vorstände der drei Hamburger Wohlfahrtspflege protestierten gegen den Beschußbeschuß, woran die Bevölkerung 20 Prozent der Mitgliedsbeiträge an die Agitationskommission abzuführen hätten. Eine gewischtliche Mitgliedsbeitragszahlung sollte erledigen, ob Hamburg sich dem genannten Beschuß des Provinzialparteitages folgen mölle. Die Ehrenkommission hielt es deshalb für gerecht, die Wahl des Bevölkerung bis nach stattgefundenen Versammlungen aufzuschieben. Die am 25. November lagen die gewischtlichen Mitglieder- versammlung erkannte gegen wenige Stimmen den Parteidrogenbeschuß als blaßend für Hamburg an, so daß schon am 28. November eine Sitzung der Ehrenkommission stattfinde. Hamburg, der über wegen Erkrankung sein Amt erst am 10. Januar b. J. antreten konnte. Zwischen waren die übrigen Mitglieder der Agitationskommission getötet worden, die sich nunmehr aus folgenden Genossen zusammen setzt: G. Salhoff, Geschäftsführer, K. Krause, Kassierer, H. Gadow, 2. Vorsitzender und Schriftführer, E. von Schröder, Beisitzer, A. Böller, Vorsitzender der Presse. Bis zu der am 4. Januar dieses Jahres erfolgten Abstimmung der neuen Agitationskommission hatten die Mitglieder der bisherigen bis laufenden Geschäfte weitergeführt und noch den Provinzialparteitag noch drei Sitzungen abgehalten. Die neue Kommission erledigte ihre Arbeiten im folgenden Halbjahr in sieben Sitzungen, einige Fragen wurden durch Rundfrage bei den Mitgliedern zum Auszug gebracht. Zur Bereitung der literarischen Arbeiten wählte die Kommission aus ihren Mitgliedern einen Präsidenten, zur Revision der Kasse und Buchführung einen Revisor aus. Um ausreichende Platzit über die ihr zu Verfügung stehenden Mittel und die vorwiegend entstehenden Ausgaben zu erlangen, stellte die Kommission auf Grund der verlorenen Rechnungsjahre einen Etat auf und festgestellt, diese Einrichtung zu einer dauernden zu machen. Dem Provinzialparteitag soll der Entwurf eines solchen Vorschlags als Grundlage für seine Beratungen dienen, weshalb auf der Tagessitzung des Elmshorner Parteitages ein neuer Punkt: Etatserhaltung erschien. Dieser Entwurf soll durch eine Kommission des Parteitages geprüft werden, die dem Plenum darüber Bericht erstattet, wonach der Parteidrogen endgültig entschiedet. Der Provinzialparteitag zu Neumünster beauftragte die Agitationskommission, einen für die ganze Provinz gültigen Etat aufzustellen, eben für Referenten, sowie für Delegierte zu Parteidrogenkonferenzen und Parteidrogenfestzuhören. Es werden zu diesem Zwecke von verschiedenen Parteidrogenen Ge-

mäßen über die dort bestehenden Dätenfälle eingeholt und auf dieser Grundlage folgendes beschlossen: Referenten, einzelnen halben Tag 4 Mk. für einen Tag 6 Mk. für einen Tag 8 Mk.; nichtangestellte Referenten erhalten außerdem den entgangenen Arbeitsverdienst entzehrt und zwar mit 6 Mk. für den ganzen und 3 Mk. für den vergütet werden. Referenten sollen für ihren Ort gehaltenen Vortrag 3 Mk. erhalten. Delegierte zu Wahlkreiskonferenzen, Gewerkschaftsversammlungen und zum Provinzialparteitag sollen pro Tag 6 Mk. Däten und für entgangenen Arbeitsverdienst 6 Mk. Entzündigung pro Tag erhalten, Delegierte zum deutschen Parteidrogen 12 Mk. Däten pro Tag. Außerdem erhalten alle Kategorien Etat des Führerclubs 3 Klasse auf der Bahn und 2. Klasse auf einem Dampfschiff.

PROVINZIALE WOHLFÄHRTSPFLEGE.

Wegen Besiedigung durch die Presse wurde Genosse Leinert, Redakteur des "Volkswillen" zu Hannover, freigesprochen, obwohl Gefangen bestraft. Leinert hatte die Beleidigung eines Schulhabers mit Gläsern als eine der betreffende Wirt beleidigt hätte und Strafantrag gestellt. In der Beleidigung blieb es unangetastet, in weitem Ausmaße an, daß der Artikel nur verbreitlicht sei, weil der Wirt ein gutes Geschäft gemacht habe und deshalb sollte sonderbare Begünstigung!

Totenliste der Partei. In Seon (Kanton Zug) ist unser Parteidrogen Dr. Eduard Graf infolge eines Unfalls plötzlich gestorben. Er ist auch den deutschen Parteidrogen nicht bekannt, da er eine Zeitlang in den Städten Zürich, Post und des "Weltalls" tätig war; auch in der Redaktion des Basler "Volkrechtes" arbeitete er und ferner war er Mitarbeiter der "Neuen Zeit", in der er (unter dem Pseudonym "Musiker") eine sehr wertvolle Beitrag über das schweizerische Elementarwerk veröffentlicht. Das "Volkrecht" widmet ihm einen warmen Nachruf, in dem es besonders betont, daß Dr. Graf bei allem Geschicklich ein geradezu leidenschaftlicher Internationalist war, der den bunten Kirschbaum-Patriotismus glühend hieß.

AUS WAG UND ZEIT.

Die Tühne. Das Schwurgericht in Hannover verurteilte nach schätziger Verhandlung den fallhaften Postbeamten Paul Büthner wegen Morde, begangen beim Schulwächter Erna Schaefer, zum Tode und wegen Totschlags, begangen an der schätzlichen Ehrenrechte, ferner sowie wegen Sittlichkeitsverbrechen in einem Falle zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Haft, wegen eines weiteren Sittlichkeitsverbrechens, begangen an der Erna Schaefer zu einer beständigen Haftstrafe von 5 Jahren und 10 Jahren Schwerbelastung. Der Angeklagte Schuhmacher Paul wird der Begünstigung in zwei Fällen schuldig gesprochen und unter Anrechnung anderer gegen ihn berechtigter Strafen zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Einfurchtbare Automobil-Unglück ereignete sich am Freitag nachmittag auf der Straße zwischen dem Städterberbrück und Werdbrück bei Detmold. Die Bremsen am furchtbaren Automobil "Unglück" brachen, während es unter Anstrengung anderer gegen ihn geraden Leidenschaftlicher Internationalist

Ein furchtbare Automobil-Unglück ereignete sich am Freitag nachmittag auf der Straße zwischen dem Städterberbrück und Werdbrück bei Detmold. Die Bremsen am furchtbaren Automobil "Unglück" brachen, während es unter Anstrengung anderer gegen ihn geraden Leidenschaftlicher Internationalist

Eisenbahnzusammenstoß. Der Sonnabend vormittag 10½ Uhr vor Nijeholting (Friesland) abgegangene Personenzug stieß bei Eeksdorp mit einem Güterzug zusammen; zwei Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

Eisengesetz. In einem Gasthof in Bremen wollte ein junger Mann seine Geliebte durch einen Revolverstich töten; er verletzte sie lebensgefährlich. Hierauf versuchte er, sich selbst zu erschießen; er erhängte sich schließlich an einem Lüppen. Nach den hinterlassenen Papieren handelt es sich um den Sohn eines Berliner Fabrikanten und die Tochter eines Fabrikanten aus Bremen.

von den älteren sein — wissen Sie, so Einer, der die Alphönser in der Oper singt — aber was ich Sie bitten wollte: Ich bekomme heftige Zahnschmerzen und will lieber nach Hause gehen, habe aber ganz in Gedanken meinen Geburtsort im Süde liegen lassen. Waren Sie wohl so freundlich, mir bis morgen früh eine halbe Krone zu borgen, um meine Reise damit zu bezahlen?"

"Halbe Krone?" sagte der Justizrat, hem das etwas viel vorkommen möchte — "stind acht Dollar."

"Ja, blos acht Dollar," sagte der Altmär — "ich möchte aber nicht gern, ohne zu bezahlen, fortgehen — nur bis morgen früh, wenn ich bitten darf."

"Hm, ja — ja wohl — mit — mit Vergnügen," erwiderte der Justizrat, zu gutmütig, die Bitte abzulehnen — überdies war es ja auch nur bis morgen früh. Er griff deshalb in die Westentasche und gab dem Altmär einen, zur Sicherheit in Papier gewickelten halben Adler (ca. Fünf Dollarstück) und drei einzelne Silber-Dollar, die dieser ohne weiteres in die Tasche steckte.

"Danke schön, Herr Justizrat," sagte er dabei — "morgen habe ich jedenfalls wieder das Vergnügen Sie zu sehen, und dann mache ich es mit Dank ab."

"Bitte — gar keine Eile —" brummte der Justizrat, während sich der Altmär bis zu dem Worte durchdrängte, diejemals ein paar Worte zulässt und dann rasch das Bett verließ. Fast unwillkürlich war ihm der Justizrat dabei mit den Augen gefolgt, eigentlich nicht aus Mitleidenschaft, sondern aus Neugierde, zu sehen, wie der junge Mann nun die eigene Reise mit seinem Gelde bezahlen würde. Er sah aber nichts Verartiges — halte er ihm das Geld vielleicht heimlich in die Hand gedrückt? — Andere drängten sich übrigens jetzt zwischen ihn und den Wirt, kommend und gehend, und nur die Deutschen nahmen großenteils ihre Sitze wieder ein.

(Fortsetzung folgt.)

erboter, ich schüttle den Staub hier von meinen Füßen und werde nie an einer Ort zurückkehren, wo ich mißhandelt worden bin."

Damit fuhr der dreiköpfige Hest wieder herum, Johann sprang von der Bank herunter und wollte ohne Abschied das Bett verlassen. Der Wirt und Böcher sah ihn jetzt durchdrängen, aber der kleine Wirtsch war ganz außer sich, als sich von ihnen los und hümierte hinaus ins Freie.

Durch diesen Zwischenfall war die Gesellschaft in eine allgemeine Verwirrung geraten und selbst der Justizrat von seinem Platz aufgestanden. Nur Erbe blieb, und bestimmt um den ihm umwogenen Stuhl, ruhig sitzen, und war sofort so zerstreut, daß er sich aus seinem Nachbars Flasche sein Glas füllte und dann wieder, wie gewöhnlich, auf einen Zug leerte.

"Ich lieber Herr Justizrat," flüsterte da Korbelt und sah den würdigen Mann vertraulich unter den Arm — "ich möchte Sie wohl um etwas erläutern."

"Ja wohl — recht gern," erwiderte dieser, mit dem eben erlangten Resultat wie es schien außerordentlich zufrieden und guter Laune — "erst, bitte — antworten Sie mir aber mal auf eine Frage."

"Mit dem größten Vergnügen."

"Wer ist der — der Herr da im Freic? — Romische Idee das — hier in den Minen Freic."

"Oh, das ist ein Tenorist aus Deutschland," lagte der Altmär, "Er scheint seinen Urlaub verlängert zu haben, um einmal in der Geschwindigkeit hier in den Minen ein paar zusätzliche Dörfer auszugeben."

"Tenorist? alle Weiter," sagte der Justizrat erstaunt — "hätte sollen zu Hause bleiben. Tenoristen verdienen schmähliches Geld bei uns — tragen so viel wie Minister."

"Ja nun," sagte der Altmär — "es wird wohl keiner

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwabe. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Bildern.